

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

17. – 23. Januar 2026

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos am 20. Januar beschrieb Emmanuel Macron die globale Lage als instabil und von wirtschaftlichen sowie sicherheitspolitischen Ungleichgewichten geprägt. Damit reagierte er auf die zunächst von US-Präsident Donald Trump geäußerten Drohungen, unter anderem Zölle von bis zu 200 % auf französische Exporte wie Wein und Champagner zu erheben, die später zurückgenommen wurden. Macron verwies auf die Instrumente der EU, etwa Antidumpingmaßnahmen, mit denen sich unfaire Handelspraktiken abwehren lassen, und betonte die Bedeutung einer „präferenziellen europäischen“ Politik, gezielter ausländischer Investitionen sowie wirksamer Handelsabwehr, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu sichern. Darüber hinaus sprach er die wachsende internationale Konkurrenz und mögliche imperialistische Ambitionen an und plädierte für Rechtsstaatlichkeit, Multilateralismus und Vorhersehbarkeit statt einseitiger Machtpolitik. In diesem Zusammenhang erwähnte er Trumps Vorschlag eines neuen „Friedensrats“ und die Lage rund um Grönland. Macron kündigte an, den G7-Gipfel 2026, den Frankreich leitet, als Forum für Dialog und kollektive Lösungen zu nutzen. Er unterstrich die Notwendigkeit von Reformen in Europa sowie die Rolle Frankreichs und der EU bei der Sicherung eines regelbasierten internationalen Systems und der strategischen sowie wirtschaftlichen Souveränität Europas.

Die französische Nationalversammlung hat am 22. Januar eine von *Les Républicains* eingebrachte Resolution verabschiedet, die die Einstufung der Muslimbruderschaft als terroristische Organisation durch die Europäische Union fordert. Mit 157 zu 101 Stimmen wurde der Beschluss zwar angenommen, er ist jedoch rechtlich nicht bindend – weder für die französische Regierung noch für die EU. Initiator Éric Pauget betonte, die Resolution richte sich nicht gegen Muslime, sondern gegen den politischen Islamismus, den er als ideologische Gefahr für die Republik bezeichnete. Grundlage war ein Bericht des Innenministeriums aus dem Jahr 2025 zur Muslimbruderschaft in Frankreich. Die Regierung zeigte Verständnis für die Ziele, äußerte jedoch rechtliche Bedenken, da es keinen klaren Nachweis terroristischer Aktivitäten der Organisation gebe. Trotz dieser Vorbehalte stimmten die Regierungsparteien gemeinsam mit LR und RN für die Resolution. Linke Parteien lehnten sie ab und kritisierten die Vermischung von Islam und Terrorismus sowie die Stigmatisierung von Muslimen. Die Debatte eskalierte mehrfach, wodurch die politischen Gräben in Fragen von Islam, Laizismus und innerer Sicherheit deutlich wurden.

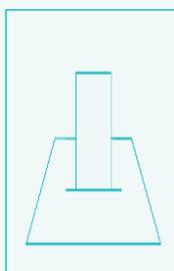
Am 19. Januar 2026 kündigte Präsident Emmanuel Macron ein politisch-wirtschaftliches Abkommen zur Zukunft Neukaledoniens an. Das sogenannte „Élysée-Oudinot“-Abkommen ergänzt das vorherige Bougival-Abkommen von Juli 2025. Es sieht die Schaffung eines zukünftigen Staates Neukaledonien in der französischen Verfassung vor. Das Abkommen wurde von rechten, nicht-unabhängigkeitsbefürwortenden Parteien, Zentristen und moderaten Unabhängigkeitsbefürwortern unterzeichnet. Das Dokument präzisiert symbolträchtige institutionelle Punkte wie die Einbeziehung der kanakischen Identität in die künftige Verfassung und regelt die schrittweise Übertragung staatlicher Kompetenzen wie Verteidigung, Sicherheit und Justiz. Diese Transfers bleiben jedoch durch qualifizierte Mehrheiten im Kongress, ein Veto des französischen Staates und ein Bürgerreferendum eingeschränkt. Deshalb hält die FLNKS die volle Souveränität für unmöglich. Der Staat sichert Neukaledonien außerdem finanzielle Unterstützung in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro zu. Das Abkommen soll trotz der fehlenden Zustimmung des FLNKS als wichtiger Schritt zur Stabilisierung der Verwaltung und Sicherung der öffentlichen Dienstleistungen dienen. Künftige parlamentarische Schritte in Frankreich sollen das Abkommen bestätigen und umsetzen.

Am 22. Januar scheiterte im französischen Parlament trotz der Unterstützung der Regierung ein Gesetzesvorschlag zur Einführung einer „Vermutung der Notwehr“ für Polizei- und Ordnungskräfte. Der von Ian Boucard (*Les Républicains*) eingebrachte Text hätte die Beweislast bei Schusswaffengebrauch umgekehrt: Polizeibeamte wären grundsätzlich im Recht gewesen, während die Staatsanwaltschaft die Illegalität des Handelns hätte nachweisen müssen. Das Ziel bestand darin, Beamte vor strafrechtlichen Folgen zu schützen, insbesondere nach Vorfällen wie dem Pont-Neuf-Fall im Jahr 2022, bei dem ein Polizist zwei Männer erschoss und daraufhin vorübergehend in Untersuchungshaft genommen wurde. Die linke Opposition setzte erfolgreich auf parlamentarische Verzögerungstaktiken, nutzte zahlreiche Verfahrensrügen, Unterbrechungen und Änderungsanträge, sodass kein Abstimmungsergebnis vor Mitternacht erreicht wurde. Kritiker, darunter Sozialisten und Zentristen, warnten, dass

der Vorschlag die rechtlichen Kontrollen für den Waffengebrauch schwächen und zu mehr Todesfällen führen könne. Sie bezeichneten den Text als „opportunistisch“ und illusionär, da er keine wirkliche Verbesserung für die Polizei biete. Innenminister Laurent Nuñez und die Regierung hatten sich stark für den Gesetzesentwurf eingesetzt. Polizeigewerkschaften kündigten bereits neue Demonstrationen an, um gegen die „Sicherheitskrise“ und die mangelnde politische Unterstützung zu protestieren. Ein neuer Anlauf im Parlament wird erwartet.

**Die französische Marine hat am Donnerstag, dem 22. Januar, im Mittelmeer einen aus Russland kommenden Öltanker unter internationalen Sanktionen festgesetzt.** Präsident Emmanuel Macron erklärte, das Schiff mit dem Namen *Grinch* stehe im Verdacht, unter falscher Flagge zu fahren. Die Aktion wurde in Zusammenarbeit mit mehreren Verbündeten, darunter Großbritannien, durchgeführt. Nach der Kontrolle an Bord bestätigte die Überprüfung der Dokumente Unregelmäßigkeiten hinsichtlich der Flaggenführung. Der Tanker wurde daraufhin unter Eskorte der französischen Marine zu einem Ankerplatz umgeleitet, um weitere Untersuchungen vorzunehmen. Laut verfügbaren Schifffahrtsdaten hatte das Schiff in den vergangenen zwei Jahren mehrfach Flagge und Namen gewechselt. Eine gerichtliche Untersuchung wurde eingeleitet, der zuständige Staatsanwalt in Marseille wurde informiert. Emmanuel Macron betonte, dass Frankreich entschlossen sei, das Völkerrecht durchzusetzen und die Wirksamkeit der Sanktionen zu gewährleisten, insbesondere gegen sogenannte „Schattenflotten“, die zur Finanzierung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine beitragen.

## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Am 23. Januar lehnte die Nationalversammlung zwei Misstrauensanträge gegen die Regierung von Premierminister **Sébastien Lecornu** ab, nachdem dieser Artikel 49.3 zur Verabschiedung des Einnahmenteils des Haushaltsgesetzes 2026 eingesetzt hatte. Die Anträge von *La France insoumise* und dem *Rassemblement national* erreichten nicht die erforderliche Stimmenzahl, sodass der Gesetzgebungsprozess für den Haushalt weiterlaufen kann. Trotzdem bleibt Lecornu unter Druck. Kurz darauf wurde ein zweites 49.3 für den Ausgabenteil und das Gesamtgesetz eingesetzt, wodurch neue Misstrauensanträge noch in der kommenden Woche möglich sind. Das Überleben des Premierministers hängt besonders von der Haltung der Sozialisten und einzelner LR-Abgeordneter ab. Nach der Beratung im Senat wird der Haushalt Anfang Februar zur endgültigen Lesung zurück in die Nationalversammlung kommen. Sollte ein letzter Einsatz von 49.3 nötig sein und die Misstrauensanträge erneut abgelehnt werden, kann der Haushalt verabschiedet werden.

## DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	6	5	
5	2		
7	4	3	1
		9	2
9	8		6
	2	0	1

**1.800**

Um ihre Reorganisation fortzusetzen, hat die französische Bank Société Générale angekündigt, bis 2026 in Frankreich **1.800** Stellen abzubauen. Von der Maßnahme sind rund 40.000 Beschäftigte betroffen, die Umsetzung soll sich über mindestens zwei Jahre erstrecken. Laut der Bank wird es weder Zwangsmaßnahmen noch ein freiwilliges Abgangsprogramm geben. Der Stellenabbau soll vor allem durch natürliche Fluktuation, die Nichtbesetzung freiwerdender Stellen und interne Versetzungen erfolgen. Von der Umstrukturierung sind sowohl die Zentrale im Pariser Geschäftsviertel La Défense als auch die regionalen Aktivitäten im Privatkundengeschäft betroffen, während das Filialnetz unberührt bleibt. Die Ankündigung erfolgte kurz nach der Unterzeichnung eines neuen Beschäftigungsabkommens für die Jahre 2026 bis 2028, welches von der CGT kritisiert wurde. Die Geschäftsleitung begründet die Strategie mit dem Ziel, die Rentabilität nachhaltig zu steigern. Bis 2026 soll der Kosten-Ertrags-Quotient auf 60 % gesenkt werden.